

Soziale Arbeit im neoliberalen Kontext

Perspektiven für eine professionelle Modernisierung

Christian Spatscheck

Zusammenfassung

Dieser Artikel beschreibt die Herausforderungen für die Soziale Arbeit durch ihre neuen neoliberalen Rahmenbedingungen und formuliert die Perspektiven einer fachlichen Antwort. Die gegenwärtige Umgestaltung unserer Gesellschaft kann als Übergang vom regulierten Kapitalismus zum Neoliberalismus beschrieben werden. Unter zunehmender Ausbreitung des Neoliberalismus kommt es zur Umgestaltung des Sozialstaats. Gegenwärtig wird dies anhand zweier sozialstaatlicher Entwicklungsmodelle deutlich. Angesichts des veränderten sozialstaatlichen Kontextes ergeben sich neue Anforderungen an die Soziale Arbeit. Diese lassen sich als öffentliche Erwartungen nach Accountability, Aktivierung und Prävention beschreiben. In diesem Zusammenhang ist die Soziale Arbeit von Tendenzen der Ökonomisierung und Funktionalisierung bedroht, sie gerät in Gefahr, vielen Belangen ihrer Adressaten nicht mehr gerecht werden zu können. Als möglicher Ausweg wird die Perspektive einer professionellen Modernisierung beschrieben, die zum einen die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen als Anforderungen aufnimmt und sich zum anderen an den legitimen Bedürfnissen der Adressaten orientiert. Nach diesem Verständnis Sozialer Arbeit ist unter ethischen Gesichtspunkten zu entscheiden, welchen Anforderungen aus fachlicher Sicht in welchem Kontext nachgekommen werden kann. Der hierfür nötige Freiraum muss immer wieder erkämpft und erhalten werden.

Abstract

This article describes the challenges for social work through its new neoliberal contexts and formulates the perspectives for a professional answer. The current restructuring of our society is describable as a transition from regulated capitalism to neoliberalism. Under the increasing spreading of neoliberalism we face a reorganisation of the welfare state. Currently this is becoming clearer in two models of welfare development. In view of the changing welfare context new requirements arise for social work. These can be described as public expectations for accountability, activation and prevention. Social work in this correlation is threatened by tendencies of economisation and functionalisation, it is endangered

to no longer being able to meet many of the interests of its addressees. A perspective of a professional modernisation is described as a possible way out which on one hand admits the new societal challenges as demands and on the other hand orientates itself towards the legitimate needs of its addressees. According to this perception of social work it must be decided by ethical aspects, which requests can be met from a professional perspective and in which context. The necessary margin for this has to be continually gained and preserved.

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit - Sozialpolitik - Reform - Gesellschaft - Theorie - Funktion - Modernisierung - Neoliberalismus

1. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft

Im Zuge einer wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung werden National- und Sozialstaaten mit grundsätzlichen Herausforderungen konfrontiert. Globalisierung wird als eine Umgestaltung der Wirtschaftssysteme nach neoliberaler Ausrichtung verstanden, die unter Zuhilfenahme neuer Medien zu einer drastischen quantitativen Zunahme der globalen Finanz-, Waren- und Kommunikationsströme führte und von einem zunehmenden kulturellen Austausch und zahlreichen Migrationsströmen begleitet wird (Castells 2001). Darüber hinaus macht sich Globalisierung im Sinne einer „Fernwirkung“ in der Neugestaltung der lokalen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Kontexte in den einzelnen Nationalstaaten bemerkbar (Giddens 1997, S. 23 ff.).

Hintergrund dieser Entwicklungen ist ein Paradigmenwechsel vom regulierten Kapitalismus zum Neoliberalismus (Chomsky 2001, Bourdieu 1998, 2001). Zunächst von Vorreitern wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher vertreten, fand das neoliberale Modell spätestens seit dem Niedergang der kommunistischen Regimes des Ostblocks zahlreiche Nachahmer und wurde zu einem nahezu globalen Modell. In Deutschland vollzogen sich die Entwicklungen mit zeitlicher Verzögerung. Seit den Debatten um die Zukunftsfähigkeit des verblässenden Modells der „Deutschland AG“, den Umbau des Sozialstaats und Forderungen nach mehr Eigenverantwortlichkeit werden Diskurse dieser Art auch in Deutschland intensiver denn je geführt. Letztlich handelt es sich hierbei um Auseinandersetzungen über zwei Grundmodelle der Gestaltung der Rollen von Staat und Wirtschaft. Auf der einen Seite betonen Vertreter und Vertreterinnen des regulierten Kapitalismus die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines regulierenden Staates, während auf der anderen Seite die

Verfechterinnen und Verfechter des Neoliberalismus die Aufgabe der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse den Kräften des freien Marktes überlassen wollen.

1.1 Regulierter Kapitalismus

Der regulierte Kapitalismus kann als das dominierende System der Gestaltung von Wirtschaft und Politik der westdeutschen Nachkriegszeit betrachtet werden (Plewe; Walpen 2002, S.185). Es war geprägt von der Grundannahme, dass eine ungezügelter Entfaltung des Kapitalismus die gesellschaftliche und wirtschaftliche Desintegration fördere und dass dieser deshalb staatlich reguliert werden sollte. Auf nationaler Ebene führte die Orientierung an dieser Grundidee zur Etablierung eines Sozialstaats fordristischer Prägung, der durch lenkende Eingriffe für sozialen Ausgleich und Versorgung sorgte. Gleichzeitig wurde die Vergesellschaftlichung von öffentlichem Transport, Erziehung, Bildung, Post und Telekommunikation forciert und an einer Ausweitung von Demokratie und Mitbestimmung gearbeitet.

Diese staatlichen Bestrebungen wurden insbesondere in den 1960er- und 1970er-Jahren durch zahlreiche soziale Bewegungen begleitet, die für die Ausweitung von Demokratie, Solidarität und Menschenrechte stritten und dabei auch die Erhöhung der versorgenden Anteile des Staates einforderten. Auch auf internationaler Ebene wurde ab den 1950er-Jahren immer wieder an kooperativen Formen der Zusammenarbeit gearbeitet. Dies machte sich zumindest in der westlichen Welt in Teilerfolgen wie der empfehlenden „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, den beiden verbindlicheren internationalen Pakten (Zivilpakt über bürgerliche und politische Rechte sowie Sozialpakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte), einer allgemeinen Ausweitung der Rolle der Vereinten Nationen sowie auf wirtschaftlicher Ebene in der internationalen Vereinbarung fester Wechselkurse bemerkbar (Habermas 2004, S. 113 ff.).

1.2 Neoliberalismus

Im Modell des Neoliberalismus wird die gegenteilige Grundannahme vertreten, dass eine freie Wirtschaft mit allenfalls marginalen staatlichen Eingriffen die beste Lösung für alle Beteiligten darstelle. Neoliberale Ökonomen und Ökonomeninnen formulierten schon in den 1950er-Jahren den Grundsatz, dass die Kräfte des freien Marktes und Wettbewerbs zu besseren wirtschaftlichen und sozialen Ergebnissen führen würden und die freie kapitalistische Gesellschaft deshalb vor staatlichen Eingriffen jeglicher Art geschützt werden sollte. Wohlfahrtsstaaten oder

staatliche Programme zur Bekämpfung von Armut oder Diskriminierung werden hierbei als autoritäre Markthindernisse empfunden, entsprechend verfolgen die Vertreterinnen und Vertreter der neoliberalen Schule die Reduzierung oder Abschaffung dieser Institutionen als zentrales Ziel. In neoliberalen Theorien enthält das Privateigentum des Einzelnen Vorrang vor öffentlichem Interesse, anderweitige Belange wie Sozial- oder Menschenrechte werden den Eigentumsrechten untergeordnet. Wesentliches Ziel neoliberaler Politik ist die Bekämpfung aller „diskriminierenden“ staatlichen Eingriffe sowie die radikale Öffnung aller Märkte durch die Abschaffung bestehender nationaler und internationaler Grenzen für wirtschaftsmächtige Subjekte. Letztlich werden dadurch sämtliche Lebensbereiche den Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen, der Staat soll sich allenfalls darauf beschränken, diesen Freiraum durch Regeln zu erhalten und hierzu nötigenfalls auch Mittel der Repression einsetzen.

1.3 Die Durchsetzung des Neoliberalismus

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde der Neoliberalismus zum prägenden Modell der politischen Entwicklung und Modernisierung. Als es in den 1940er-Jahren entwickelt wurde, war es keineswegs mehrheitsfähig, das Modell des kooperativen Kapitalismus wurde in der Nachkriegszeit deutlich favorisiert. Die Durchsetzung des neoliberalen Ansatzes gelang maßgeblich erst ab den 1970er-Jahren, als angesichts der Grenzen der Prosperität und geringerem Wachstum neue Märkte gesucht wurden und keine weiteren Märkte für die Expansion eröffnet werden konnten (Chomsky 2001). Wichtige Unterstützung fand dieses Modell durch die Lobbyarbeit von Think Tanks wie der „Mont Pèlerin Society“, dem „Kronberger Kreis“ oder der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Institutionen dieser Art fördern die Verbreitung von neoliberalen Gedankengut und arbeiten hierzu an einer systematischen Beeinflussung von Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien (zu Think Tanks vgl. Infonetzwerk www.buena-vista-neoliberal.de). Neben der Beeinflussung der meisten westlichen Politiker und Politikerinnen gelang es den neoliberalen Kreisen nach und nach, auch die Welthandelsorganisation WTO und den Internationalen Währungsfonds IWF mit ihren Ideen zu beeinflussen. Im 1947 beschlossenen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) wurden internationale wirtschaftliche Liberalisierungen und Handelserleichterungen beschlossen, die in den vielen WTO-Handelsrunden der folgenden Jahrzehnte sukzessive ausgebaut wurden und vor allem zu Vergünstigungen für internationale Konzerne führten.

In den WTO-Verhandlungen der letzten Jahre wird zudem über das GATS (General Agreement on Trade in Services) verhandelt, das zu einer Liberalisierung von Dienstleistungen führen soll. Hierbei wird neben der Liberalisierung der Bereiche Post, Telekommunikation oder Transport auch über die Kommerzialisierung der essenziellen öffentlichen Versorgung mit medizinischen und sozialen Diensten, Bildung, Kultur sowie Energie- und Wasserversorgung diskutiert (Fritz: Scherrer 2002, S.7). Hier drohen öffentliche Güter, die bislang durch nationale sozialpolitische Maßnahmen für die Bedürfnisse möglichst aller zur Verfügung gehalten werden konnten, zu Gütern der Marktversorgung zu werden, die Profitinteressen unterworfen sind und dadurch nur noch einer zahlungsfähigen Kundschaft zur Verfügung stehen würden. Die Soziale Arbeit wäre insbesondere in den verhandelten Bereichen „medizinische und soziale Dienstleistungen“, „Bildungsdienstleistungen“ sowie „Erholung und Kultur“ direkt betroffen (Fritz 2003).

Bei erfolgreichen Abschlüssen der Verhandlungen würden für alle Dienstleistungen die Prinzipien des freien Marktzugangs und der Gleichbehandlung eingeführt werden. Die Anbieter Sozialer Arbeit hätten schon in naher Zukunft mit direkter Konkurrenz durch international Investierende zu rechnen. Dass dieser Markt auch für Global Players interessant ist, zeigt sich anhand der Tatsache, dass sich in den Vereinigten Staaten bereits der Rüstungskonzern Lockheed Martin und IBM um Dienstverträge in der Kinder- und Jugendhilfe beworben haben (Nightingale; Pindus 1997). Durch das GATS wäre es im Zuge der Gleichbehandlung von Investoren verboten, bei öffentlichen Ausschreibungen für Dienstleistungen lokale Anbietende zu bevorzugen oder höher zu subventionieren als internationale Konkurrenten.

Durch die in den letzten 20 Jahren sukzessiv vollzogene Abkehr vom Modell des kooperativen Kapitalismus setzte sich zunehmend die neoliberale Form einer konkurrenzorientierten Entwicklung durch. Diese politische Wende führte zu einer allgemeinen Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und dadurch zu einer deutlichen Verschärfung des inter- und intranationalen Wettbewerbs. Die neoliberale Umgestaltung ist jedoch keinesfalls eine zwangsläufige und unausweichliche Notwendigkeit, vielmehr muss diese grundsätzlich als bewusst vollzogen und politisch gewollt betrachtet werden (Bourdieu 1998, S. 39 ff.).

2. Die Folgen für den Sozialstaat

Durch den erhöhten Konkurrenzdruck liberalisierter Märkte stiegen für die Bewohnerinnen und Bewoh-

ner westlicher Länder die Risiken des wirtschaftlichen und sozialen Scheiterns deutlich an. Gleichzeitig ist nach Dahrendorf (2002, S. 20) neben der zunehmenden Konkurrenz auch eine Abnahme der gegenseitigen Solidarität im alltäglichen Leben der Menschen festzustellen. Im Zuge eines Wettkampfs um die billigsten Arbeitskräfte und die niedrigsten Sozialabgaben sind die Entwicklungen des Sozialabbaus, der allgemeinen Prekarität der Arbeitsverhältnisse und die permanent unterbezahlten „Working Poor“ Erscheinungen, die längst nicht nur mehr aus den traditionell neoliberalen USA bekannt sind.

Spätestens seit den Programmen des „Job-AQTIV-Gesetzes“ sowie der „Agenda 2010“ mit ihren in den „Hartz“- und „Rürup“-Kommissionen beschlossenen Reformen der Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik wird auch in Deutschland klar, dass sich der Sozialstaat deutlich wandelt. Die eindeutige Devise dieser Programme lautet: Mehr Anforderungen an die Einzelnen bei gleichzeitiger Abnahme öffentlicher Leistungen. Dabei kommt es zu einem grundsätzlichen Wandel des sozialstaatlichen Gerechtigkeitsbegriffes. Das bisherige Paradigma einer versorgenden Bedarfs- oder Leistungsgerechtigkeit wird auf eine Chancengleichheit reduziert, die es den Einzelnen überlässt, das beste aus ihren Fähigkeiten und Potenzialen in einer flexibilisierten Gesellschaft zu machen (Mahnkopf 2000). Galuske beschreibt zwei aktuelle Modelle neoliberaler sozialstaatlicher Entwicklung, er unterscheidet einen „US-amerikanischen“ und einen „europäischen“ Weg (Galuske 2003).

2.1 Der „amerikanische“ Weg

Im US-amerikanischen Umbau des Sozialstaats zeigt sich die primäre Orientierung an der Befreiung der Arbeitsmärkte vom als „schädlich“ betrachteten Recht auf eine freie Wahl der Arbeit und der Absicherung der Arbeitslosen mit angemessener Hilfe. Hintergrund dieser Politik ist die Einschätzung der bisherigen Sozialpolitik als zu permissiv, neuere Programme orientieren sich an der „Vermeidung der Passivität“ und an der gezielten Aktivierung der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängenden. In diesem Zusammenhang wird der programmatische Wandel von „Welfare“ zur „Workfare“ umgesetzt, die bisherige Versorgung und Unterstützung wird von einer neuen prinzipiellen Orientierung an einer (Wieder-) Aufnahme von Arbeit abgelöst. Hilfeempfängerinnen und -empfänger müssen prinzipiell jede Arbeit um jeden Preis annehmen. Wer sich diesem Leitbild nicht unterordnen will, verliert seinen Anspruch auf weitere staatliche Unterstützung oder muss mit drastischen Strafen rechnen. Hier zeigt sich der zweite Kernpunkt der US-amerikanischen Sozialpolitik, der

von den US-Republikanern mit „tough love“ bezeichnet wird. Die ohnehin minimalen Sozialleistungen sind grundsätzlich mit starken staatlichen Repressions- und Sanktionsmitteln gekoppelt, die alle jene treffen sollen, die ihr Leben trotz schwieriger Bedingungen nicht in die Hand nehmen wollen. Zur Umsetzung dieses Anspruches wurden umfangreiche Kontroll- und Disziplinierungsapparate eingerichtet, die die neoliberale Ideologie eines „schlanken Staates“ eigentlich in Frage stellen.

2.2 Der europäische „Dritte Weg“

Die Grundsätze der für viele europäischen Länder charakteristischen Sozialstaatsreformen sind vor allem bei *Anthony Giddens* oder *Ulrich Beck* zu finden, die insbesondere die Politik in England, Deutschland, Schweden und Holland beeinflusst haben (*Galuske* 2002, S. 208 ff., *Giddens* 1997, *Beck* 1997). Hier wird eine Politik des „Dritten Weges“ verfolgt, die „jenseits von links und rechts“ zu einem zukunftsweisenden Weg für die Gestaltung sozialstaatlicher Absicherung in einer globalisierten Welt mit ihren Konkurrenzverhältnissen werden sollte. Grundsätzlich wird der freie Markt mit seiner „Dynamik und Kreativität“ befürwortet, jedoch sollen „Verwerfungen des Marktes“ weiterhin von der Politik reguliert werden. In diesem Sinne wird mit dem „Dritten Weg“ der Versuch unternommen, den für die Identität der europäischen Staaten zentralen Aspekt der Sozialstaatlichkeit weiter zu erhalten (*Habermas* 2004, S. 51).

Gleichzeitig kommt es beim „Dritten Weg“ jedoch zu einer Absage an den „versorgenden Staat“, auch hier wird erwartet, dass die Einzelnen mehr Verantwortung für sich und ihre wirtschaftliche und soziale Situation übernehmen und den Risiken des neoliberalen Kapitalismus aktiv begegnen. Für jene, die dieser Aufgabe nicht nachkommen, werden aktivierende Elemente vorgesehen. Durch Anleitung und gezielten Druck sollen möglichst alle dazu gebracht werden, ihre Situation in Eigenregie zu bewältigen. Wie im Zuge des Job-AQTIV-Gesetzes oder anhand der aktuellen Debatten um die Hartz IV-Gesetzgebung deutlich wurde, sind für diese Aktivierung auch Maßnahmen bis hin zur Reduktion der Bezüge oder dem Ausschluss aus Hilfeprogrammen vorgesehen. Im Gegenzug wird betont, dass sich „Leistung wieder lohnen“ solle, gut verdienende „Leistungstragende“ und insbesondere große Unternehmen sollen durch gezielte Steuerenkungen „entlastet“ werden. Die dadurch entstehenden Lücken in den öffentlichen Haushalten führen zu sinkenden öffentlichen Leistungen, die durch Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement wieder ausgeglichen werden sollen.

2.3 Ein Vergleich beider „Wege“

Letztlich kommt es bei beiden Modellen zu einer Umgestaltung des Sozialstaats nach neoliberalem Vorbild. Beide Modelle vertreten einen eindeutigen Rückzug des Staates aus den Aufgaben der Regulierung und Begrenzung der typischen sozialen Probleme des Kapitalismus. Gleichzeitig werden jene, die mit diesen Problemen konfrontiert sind, immer deutlicher sich selbst überlassen und durch verschiedenste disziplinierende Maßnahmen dazu gedrängt, sich mit den Widersprüchen der globalisierten Wirtschaft zu arrangieren. Im Gegensatz zum US-amerikanischen Modell gibt es beim „Dritten Weg“ zwar noch deutlich mehr Aspekte traditioneller sozialstaatlicher Hilfe und Absicherung, diese werden jedoch durch eine zunehmende Aktivierung und Disziplinierung mehr und mehr relativiert und von einem Rückzug des Staates aus öffentlichen Aufgaben der Hilfe und Förderung begleitet.

Nach *Galuske* (2003, S. 72, 2002, S. 221) lassen sich bei beiden Modellen folgende inhaltliche Kernpunkte identifizieren:

- ▲ Deregulierung: tendenzieller Abbau von Arbeits- und Sozialrechten,
- ▲ Ökonomisierung: verstärkter Druck auf effizienten Einsatz der Mittel,
- ▲ Privatisierung: Rückzug öffentlicher Institutionen, Zunahme der Eigenverantwortung,
- ▲ Kommodifizierung: Druck zur Aufnahme von Arbeit, begleitende aktivierende Maßnahmen,
- ▲ Paternalisierung: Verknüpfung von Unterstützung und repressiven Mitteln.

3. Die Folgen für die Soziale Arbeit

Von den Veränderungen der grundsätzlichen Verständnisse über Wirtschaft, National- und Sozialstaat wird auch die Soziale Arbeit nachhaltig beeinflusst. Zunächst fallen durch die sinkenden öffentlichen Steuereinnahmen wichtige Mittel weg, die bislang traditionell zur Aufrechterhaltung der Angebotsstruktur der Sozialen Arbeit zur Verfügung standen. Im Gegenzug steigt durch die konkurrenzbezogene Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft die Zahl jener Personen, die mit den gestiegenen Anforderungen nicht mehr mithalten können und dadurch vermehrt von sozialen Problemen bedroht oder betroffen sind. Insbesondere durch die dauerhaft hohen Arbeitslosenquoten, die Zunahme der Zahl insbesondere junger Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen, den steigenden Bedarf an qualitativ hochwertigen, ergänzenden Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche, die Aufgaben der interkulturellen Integration und der Zunahme der Zahl betreuungsbedürftiger älterer

Menschen zeichnet sich ein steigender Bedarf an Angeboten der Sozialen Arbeit ab. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung und der durch den „Tod des Sozialen“ (Rose 2000) bedingten sinkenden Bereitschaft zu Kooperation und gegenseitiger Unterstützung entwickeln sich für die Soziale Arbeit vor allem drei Herausforderungen, die im Folgenden erläutert werden sollen.

3.1 Der Wandel der allgemeinen Orientierung von Vertrauen zur „Accountability“

Im Rahmen der Reformen der öffentlichen Verwaltungen ist eine allgemeine Tendenz zur Schaffung eines „Marktes der Sozialen Arbeit“ zu beobachten (Hinte 1996, S. 127). Im Zuge der Orientierung an den Grundsätzen „outputorientierter“ Steuerung und den Leitsätzen des „New Public Management“ wird der Versuch unternommen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung über die Einführung marktförmiger Steuerungsmechanismen effizienter zu gestalten. Von vielen Sozial-, Jugend- und Arbeitsämtern werden bereits marktorientierte Strukturen eingeführt, bei denen die öffentlichen Behörden als nachfragende Auftraggebende fungieren, die die Dienstleistungen der Sozialen Arbeit bei den anbietenden Trägern einkaufen.¹ Angesichts des meist größeren Angebots der Dienstleistungsanbietenden dürfen die Behörden als Nachfragende nur dem besten und preisgünstigsten Anbietenden den Zuschlag für eine Maßnahme erteilen. Für die einzelnen Einrichtungen hat diese marktförmige Neuorientierung die Folge, dass diese als konkurrierende Anbietende mit den anderen Trägern in zunehmende Konkurrenz geraten und sie sich mit einem in Qualität und Preis überzeugenden Angebot profilieren müssen. Da sich das „Kaufinteresse“ der öffentlichen Nachfragenden am öffentlichem Interesse orientieren muss, sollte nur ein wirklich effizientes Angebot einen Zuschlag erhalten. In der Praxis zeigt sich jedoch, beispielsweise bei der Vergabe von berufsvorbereitenden Maßnahmen oder von Aufträgen für Hilfen zur Erziehung, häufig das enttäuschende Bild, dass nahezu ausschließlich das Kriterium des niedrigsten Preises der Grund für eine Vergabe ist.

3.2 Accountability

Als Folge dieser Entwicklungen sehen Sommerfeld und Haller (2003) einen prinzipiellen Wandel der Art der Organisation und Kontrolle von Leistungserbringungen in der Sozialen Arbeit. Sie beschreiben einen Wandel vom bisherigen Grundprinzip des „Vertrauens“ zu jenem der „Accountability“ (Zugänglichkeit oder Rechenschaftspflicht). In dem für die Nachkriegsjahre leitenden Arbeitsprinzip des „Vertrauens“ wurden Qualität, Organisation und Kontrolle der

Leistungen der Sozialen Arbeit vor allem mit der Qualifikation und dem Fachwissen der ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begründet, die sich in ihrer Tätigkeit allenfalls einer kollegialen Selbstkontrolle unterziehen mussten. Die Geldgeber der Sozialen Arbeit vertrauten auf die Professionalität der Anbietenden und der ihnen prinzipiell zugeschriebenen Fähigkeit, die optimalen Formen der Lösung von sozialen Problemen zu finden. Im Zuge des Wandels zu marktförmigen Beziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern und anbietenden Trägern kommt es zum neuen Arbeitsprinzip der „Accountability“. Durch eine Orientierung an Effizienz und Kostensenkung beginnen die öffentlichen Auftraggebenden, von den Anbietenden Nachweise über Kosten, Wirkungen und Erfolge ihrer Arbeit zu verlangen. Wo bislang das Vertrauen in die Fachlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen genügte, werden nun ausweisbare Ergebnisse erwartet, die durch Nutzerstatistiken, Verfahren der Qualitätssicherung, Zertifizierungen, Peer Reviews und Nutzerbefragungen ermittelt werden sollen.

Neben der prinzipiell sinnvollen Herausforderung, die eigene Arbeit fundiert zu evaluieren, bringt diese Neuorientierung auch zweifelhafte Folgen für die Soziale Arbeit mit sich. Zunächst führt eine Orientierung an den Grundsätzen der Accountability zu einem erheblichen Mehraufwand für Aufgaben der Dokumentation, Verwaltung und Präsentation. Dies hat zwangsläufig eine Reduzierung der Zeitkapazität für die direkte Arbeit mit den Adressaten zur Folge. Darüber hinaus drohen angesichts der zentralen Orientierung an Effizienz und Effektivität rein ökonomisch bestimmte Begriffe und Größen die zentrale Rolle der eigentlichen Fachlichkeit der Sozialen Arbeit zu übernehmen (Kappeler 1999, S. 333). Die Ökonomie würde von ihrer bisherigen Rolle einer Bezugswissenschaft der Sozialen Arbeit zu jener einer Leitwissenschaft befördert werden. Insbesondere in jenen Fällen, in denen die legitimen Interessen der Zielgruppen der Sozialen Arbeit den Interessen der öffentlichen Anbietenden entgegenstehen, dürfte es in diesem Zusammenhang zunehmend schwieriger werden, dem professionellen Anspruch einer Zielgruppenorientierung gerecht zu werden (Staub-Bernasconi 2003, 2000, S. 159).

3.3 Aktivierung, Disziplinierung und Kontrolle

Vor dem Hintergrund des neoliberalen Leitbilds des selbstständigen und flexiblen Menschen erhält die Soziale Arbeit vermehrt neue Arbeitsaufträge der Aktivierung ihrer Zielgruppen zu einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung (Kessl/Otto 2003, Kessl 2000). In diesem Zusammenhang wird individuelle

„Hilfe“ primär als Mobilisierung und Aktivierung der subjektiven Selbstsorge der Adressatinnen und Adressaten betrachtet. Bezogen auf Gemeinwesen sollen im Zusammenhang mit einer aktivierenden Ausrichtung zudem alle verfügbaren Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts geweckt und gefördert werden (Bußmann; Stöbe-Blossey 2003).

Sowohl bei individueller Hilfe als auch beim bürgerschaftlichen Engagement ist die Soziale Arbeit im Kontext der aktivierenden Neuausrichtung von Tendenzen der Funktionalisierung bedroht. Sie wirkt immer dann funktionalisierend, wenn sie sich inhaltlich nicht mehr primär an den Interessen und Bedürfnissen der Hilfeempfangenden orientiert, sondern ihren Schwerpunkt bei der Hervorbringung gesellschaftlich verwertbarer Potenziale und Fähigkeiten setzt, ohne dies mit ihren Adressaten abzustimmen. Im Sinne einer Steigerung ihrer persönlichen Fähigkeiten und Chancen sowie einer Verbesserung ihres sozialen und kulturellen Umfeldes mögen viele Adressaten der Sozialen Arbeit das Anliegen der Aktivierung von Potenzialen gerne teilen. Wenn dieses Interesse bei einer Zielgruppe jedoch gar nicht vorliegt, kommt es zu großen Diskrepanzen zwischen dem Anspruch auf Leistung einer aktivierenden „Hilfe“ und den wirklichen Interessen der Hilfeempfangenden. Beispiele von Arbeitslosen, die zu Aktivierungsmaßnahmen bei einer gleichzeitig gegen null tendierenden Anzahl von Stellenangeboten verpflichtet werden, von lernschwachen Jugendlichen, die von einer berufsvorbereitenden oder qualifizierenden Maßnahme zur nächsten geschoben werden, ohne eine Aussicht auf einen Einstieg ins Berufsleben zu bekommen, oder von Flüchtlingsfamilien, die zu einem sozialverträglichen und aktiven Verhalten animiert werden und gleichzeitig viele Lebensperspektiven durch die restriktive Gestaltung des Ausländerrechts systematisch verbaut sehen, machen mögliche Diskrepanzen zwischen aktivierender Hilfe und den Bedürfnissen der Betroffenen deutlich. Eine Aktivierung in diesem Sinne wirkt paternalistisch und lässt sich mit der Formel „Empowerment ohne Emanzipation“ charakterisieren.

In jenen Situationen, in denen die Soziale Arbeit vereinnahmende gesellschaftliche Interessen über die Bedürfnisse ihrer Zielgruppe stellt, ohne ihr wirkliche Perspektiven bieten zu können, tritt der Aspekt der „Hilfe“ letztlich ganz in den Hintergrund und ordnet sich dem Prinzip der Kontrolle und Disziplinierung unter. Sicherlich bewegt sich die Soziale Arbeit immer zwischen den Polen von Hilfe und Kontrolle. Um jedoch eine reine Disziplinierung zu

vermeiden, sollte sich der Aspekt sozialarbeiterischer Kontrolle nicht an einer blinden Übernahme gesellschaftlicher Machtverhältnisse orientieren (Staub-Bernasconi 2000a). Mit einer Vernachlässigung der Einflüsse von Macht und gesellschaftlichen Interessen beschränkt sich die aktivierende Soziale Arbeit auf eine Disziplinierung ihrer Adressaten bis hin zur bloßen Verwaltung ihres dauerhaften Ausschlusses aus relevanten Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung. Um dies zu vermeiden, ist es unerlässlich, aktivierende Formen der Sozialen Arbeit an die Bedürfnisse und Interessen der Zielgruppe zu koppeln, die Ziele der Hilfe mit ihr dialogisch auszuhandeln und diese Ansprüche auch öffentlich zu verteidigen.

3.4 Prävention

Seit den ausgehenden 1990er-Jahren wird vor allem die Kinder- und Jugendhilfe verstärkt mit der Aufgabe der Prävention betraut (Kappeler 1999a, Freund; Lindner 2001). Sozialer Arbeit wird eine präventive, also einem vermeintlichen Übel vorgreifende Wirkung zugeschrieben, die zur zukünftigen Reduzierung unerwünschter Phänomene wie Gewalt, Sucht oder Kriminalität beitragen soll. Auf dem Hintergrund eines Anspruchs neoliberaler Optimierung der Individuen und gleichzeitig fortbestehender Phänomene von Gewalt, Sucht und Kriminalität entsteht ein verstärktes öffentliches Interesse, sich bei der Vermeidung dieser Phänomene besonders handlungsfähig zu zeigen. Unter diesen Vorzeichen wird Prävention zu einem kriminal- und ordnungspolitischen Instrument mit neoliberaler Prägung (Ziegler 2001). Viele Träger der Sozialen Arbeit wurden in den letzten Jahren mit der Anforderung konfrontiert, auch ihre Arbeit an kriminal-, sucht- oder gewaltpräventiven Aufgaben zu orientieren. Um auch in Zukunft an weitere Gelder gelangen zu können, versuchen diese im Gegenzug, ihre Arbeit in Projekt- und Förderanträgen sowie Berichten als besonders präventionswirksam darzustellen.

In einer präventiven Orientierung liegt, ähnlich wie beim Paradigma der Aktivierung, eine deutliche Gefahr der Funktionalisierung Sozialer Arbeit. Wenn sich präventive Arbeit primär an normativen Vorstellungen der Dominanzkultur über wünschenswerte und nicht wünschenswerte Lebensformen orientiert und dabei die Interessen und Bedürfnisse der Zielgruppen ausblendet, wird Soziale Arbeit zu einem Normalisierungsagenten gesellschaftlich mächtiger Gruppen, der „gute“ und „schlechte“ Lebensentwürfe anhand von Machtinteressen definiert und „präventionsbedürftige“ Jugendliche als potenzielle Gefahrentragende stigmatisiert. Darüber hinaus bleibt zu beachten, dass die meisten Präventionsstrategien sich

letztlich nur auf vage Vermutungen stützen können, die bislang nicht empirisch belegt sind. Angesichts der vielfältigen, komplexen und oft gar unvorhersehbaren Einflussfaktoren bei der Entstehung von Gewalt, Sucht oder Kriminalität können die meisten Präventionsstrategien ihr Versprechen, die potenziellen Lebensrisiken junger Menschen in den Griff zu bekommen, realistischerweise gar nicht einlösen.

Um sich nicht mehr länger an stigmatisierenden und funktionalisierenden Präventionsprogrammen beteiligen zu müssen, schlägt *Kappeler* (1999a, S. 33) vor, Soziale Arbeit offensiv als aktive Arbeit an einer „Herstellung von Bedingungen für eine optimale Kultur des Aufwachsens“ auszurichten und sich dabei am Ziel der Entwicklung einer kultivierten und demokratischen Zivilgesellschaft zu orientieren. Letztlich dürfte eine solche Orientierung die formulierten Ziele präventiver Programme sogar realistischer erfüllen und dabei gleichzeitig die Nebenwirkung der Diskriminierung ihrer Adressaten vermeiden.

4. Professionelle Modernisierung

Angesichts der neoliberalen Umgestaltung ihrer gesellschaftlichen Kontexte zeigt sich für die Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit der dringende Bedarf einer aktiven Neupositionierung. Andernfalls droht sie durch Prozesse der Ökonomisierung und Funktionalisierung in ihrer bisherigen relativen Eigenständigkeit deutlich eingeschränkt zu werden. Zudem kommt sie in Gefahr, gegen die eigentlichen Interessen ihrer Adressaten zu handeln und an einer ungerechtfertigten Disziplinierung und Stigmatisierung ganzer Personengruppen mitzuarbeiten.

Die beschriebenen neoliberalen Entwicklungen entstehen jedoch auf dem Hintergrund eines weltweiten Wandlungsprozesses der Umgestaltung ganzer Gesellschaften, der von einflussreichen internationalen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Kultur in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen mitgetragen wird. Soziale Arbeit ist als Profession und Disziplin von diesen Einflussfaktoren eindeutig abhängig und wäre nicht einmal annähernd in der Lage, einen solchen globalen Prozess wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umgestaltung aufzuhalten (*Webb* 2003). Dennoch bleibt der Sozialen Arbeit die Möglichkeit, sich aus ihrer fachlichen Position heraus im Sinne einer professionellen Modernisierung (*Sommerfeld; Haller* 2003) diesen Herausforderungen zu stellen und eigene Perspektiven für ihren Einflussbereich zu suchen:

▲ Den ersten Bezugspunkt für eine professionelle Modernisierung bilden die an die Soziale Arbeit her-

angetragenen Erwartungen nach Accountability, Aktivierung und Prävention. Soziale Arbeit wird von ihren Geldgebern und politischen Unterstützern gefordert, Nachweise über die Wirkungen ihrer Arbeit zu liefern und ihre Mitwirkung bei der Aktivierung von Potenzialen und bei der Verhinderung von sozialen Problemen zu leisten. Entsprechend muss sie sich auf diese Anforderungen einstellen und hierfür geeignete Verfahren entwickeln.

▲ Den zweiten Bezugspunkt professioneller Modernisierung bildet die fachliche Anforderung einer Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppen der Sozialen Arbeit. Dieser Anspruch lässt sich ausführlicher erläutern in der im „Systemischen Paradigma der Sozialen Arbeit“ formulierten „Theorie menschlicher Bedürfnisse“ finden (*Obrecht* 1998, 2001, S. 59 ff., *Staub-Bernasconi* 1995, S. 127 ff., *Geiser* 2004, S. 55 ff., *Klassen* 2004, S. 80 ff.). Bedürfnisse werden dort als objektiv vorliegende Spannungszustände betrachtet, die menschliche Individuen dazu anregen, ihr Handeln so auszurichten, dass sie in ausgeglichene Systemzustände kommen (*Obrecht* 1998). Neben den objektiv vorliegenden Bedürfnissen wird das Handeln von Menschen zudem von Wünschen geleitet. Diese sind im Gegensatz zu den Bedürfnissen jedoch lokal, historisch und subjektiv geprägt. Die Befriedigung von Wünschen gilt entsprechend nur dann als legitim, wenn diese die Bedürfnisbefriedigung anderer nicht hindert.

Im systemischen Paradigma der Sozialen Arbeit wird verdeutlicht, wie es angesichts sozialer Phänomene von Schichtung und Macht nur wenigen Privilegierten ermöglicht wird, Zugang zu Bedürfnisbefriedigenden Ressourcen zu erhalten, während dies gleichzeitig vielen anderen verwehrt bleibt. Im Anschluss daran werden soziale Probleme als mangelnde Gelegenheiten der Befriedigung von Bedürfnissen verstanden, die sozial oder persönlich bedingt sein können. Soziale Arbeit wird als Disziplin und Profession verstanden, die sich primär an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und sich für eine aktive Gestaltung des Sozialen einsetzt. Dabei verfolgt sie das Ziel, soziale Strukturen so zu gestalten, dass sie für eine möglichst umfassende Bedürfnisbefriedigung aller Menschen dienen. Durch diese Orientierung lässt sich im systemischen Paradigma der Sozialen Arbeit ein Theoriemodell mit prägnanten Gegenpositionen zum neoliberalen Modell finden.

Zusammenfassend kann professionelle Modernisierung innerhalb der im folgenden Schaubild erläuterten Einflussfaktoren statt finden:

Gesellschaftliche Anforderungen:

Accountability
Aktivierung
Prävention

Fachliche Anforderungen:

Wahrung der
Bedürfnisse der
Adressaten



Professionelle Modernisierung: Synthese beider Anforderungen

▲ Eine gelungene professionelle Modernisierung würde also bedeuten, Soziale Arbeit inhaltlich so auszurichten, dass sie den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird, ohne dabei die Bedürfnisse ihrer Adressaten zu vernachlässigen.

▲ Die an diesem Prozess beteiligten Interessen sind oft konträr, entsprechend werden hier immer wieder Konflikte entstehen. Um ihre fachliche Eigenständigkeit erhalten zu können, müssen Vertreterinnen und Vertreter aus Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit die beteiligten konkurrierenden Interessen jeweils aus fachlicher Sicht bewerten. Jene Ansprüche ihrer Adressaten, die durch legitime Bedürfnisse begründbar sind, müssen gegenüber nicht legitimierbaren öffentlichen Interessen verteidigt werden. Als Orientierung für die Klärung der dabei auftretenden ethischen Dilemmata können die Ethikkodizes der International Federation of Social Workers (IFSW) oder des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) genutzt werden (Banks 2001, Borrmann 2004).

▲ Um eine Wahrung der Bedürfnisse ihrer Zielgruppen zu erreichen, muss sich die Soziale Arbeit fachliche Freiräume erkämpfen. Diese Freiräume müssen es erlauben, die Kriterien für Effektivität und Effizienz und die Art der zu fördernden Potenziale und Problemverhinderungen so mit definieren zu können, dass diese sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren.

▲ Zur Verteidigung dieser Freiräume müssen sich die Vertreter und Vertreterinnen der Sozialen Arbeit auf verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen artikulieren und Unterstützende aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft von ihren Anliegen überzeugen.

▲ Darüber hinaus kann die Soziale Arbeit mit ihrem soziokulturellen Einflüssen bei ihren Adressaten weiterhin an der Verbreitung, Förderung und Gestal-

tung des Gedankens der kooperativen Entwicklung in sozialen Systemen tätig werden und Menschen bestärken, diesen Grundsatz nicht den neoliberalen Formen gegenseitiger Konkurrenz unterzuordnen. Hierzu sollte Soziale Arbeit für eine Interessens- und Bewusstseinsarbeit auf gruppenbezogener, lokaler, nationaler und internationaler Ebene aktiv eintreten (Staub-Bernasconi 1995, S. 179).

▲ Zudem kann sich die Soziale Arbeit am Aufbau und der Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft aktiv beteiligen. Eine aktive und demokratische Zivilgesellschaft kann die Gestaltung von Lebensbereichen übernehmen, die durch den Rückzug des Staates brachliegen und/oder durch rein marktorientierte Interessen zerstört werden würden. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass solches Engagement nicht zu einer Legitimation eines weiteren Rückzugs staatlicher Institutionen aus öffentlichen Aufgaben führen darf. Ein aktives Verständnis von Zivilgesellschaft reicht zudem weit über eine bloße Verwertung von bürgerschaftlichem Engagement als kostenfreie Ressource hinaus, engagierten Personen müssen reale Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung geboten werden.

Das Spannungsfeld professioneller Modernisierung bietet für die Soziale Arbeit eine Perspektive, ihre fachliche Zielsetzung in neoliberalen Kontexten weiter zu erhalten. Gelingt hier eine aktive Positionierung, ist der Anspruch einer Menschenrechtsprofession nicht nur eine idealistische Utopie, sondern ein praktisch fassbares und begründbares Leitbild. Um konkrete Wirkungen zu erreichen, müssen diese Annahmen jedoch durch aktives und engagiertes Handeln in Praxis und Theoriebildung der Sozialen Arbeit umgesetzt und weiter entwickelt werden.

Anmerkung

1 Hier ist festzuhalten, dass die Analogie eines Marktes in diesem Zusammenhang auf Grenzen stößt. Weder soll, wie bei anderen Marktmodellen üblich, die Nachfrage prinzipiell erhöht werden, noch haben die Anbietenden die Wahl, sich an mehrere Nachfragende zu wenden, da der Staat gewissermaßen als Monopolist auftritt.

Literatur

- Banks, S.: Ethics and Values in Social Work. Basingstoke 2001
Beck, U.: Was ist Globalisierung? Frankfurt am Main 1997
Borrmann, S.: Die berufsethischen Prinzipien des DBSH. In: Forum Sozial 3/2004, S. 12-14
Bourdieu, P.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998
Bourdieu, P.: Gegenfeuer 2. Für eine europäische Soziale Bewegung. Konstanz 2001
Bußmann, U.; Stöbe-Blossey, S.: Aktivierung von Freiwilligenarbeit als Element eines aktivierenden Staates. In: Dahme, H.-J. u.a.: Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003, S. 127-148

- Castells, M.:** Das Informationszeitalter. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen 2001
- Chomsky, N.:** Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg 2001
- Dahrendorf, R.:** Anmerkungen zur Globalisierung. In: Kemper, P.; Sonnenschein, U.: Globalisierung im Alltag. Frankfurt am Main 2002
- Freund, T.; Lindner, W.:** Prävention. Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit. Opladen 2001
- Fritz, T.:** Was ist das GATS? In: www.attac.de/gats/wasistdasgats.pdf, Rev. 2003-7-8 2003
- Fritz, T.; Scherrer, C.:** GATS – zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck. Hamburg 2002
- Galuske, M.:** Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft. Weinheim 2002
- Galuske, M.:** Arbeitsgesellschaft: Flexible Arbeit – Flexible Jugend? In: Rauschenbach, T. u.a.: Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft. Weinheim 2003, S. 63-83
- Geiser, K.:** Problem- und Ressourcenanalyse in der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 2004
- Giddens, A.:** Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Frankfurt am Main 1997
- Habermas, J.:** Der gesplittete Westen. Frankfurt am Main 2004
- Hinte, W.:** Der heimliche Lehrplan der neuen Steuerungsmodelle, oder: Wider die Blendung durch Folien – für mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit Kienbaum, Mummert und Bertelsmann. In: ÖTV: Soziale Dienste, Soziale Arbeit – Neuorganisation und Weiterentwicklung. Stuttgart 1996, S. 121-135
- Kappeler, M.:** Rückblicke auf ein sozialpädagogisches Jahrhundert. Frankfurt am Main 1999
- Kappeler, M.:** Bedeutung und Funktion von Prävention in der Jugendhilfe. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit 2/1999a S. 24-33 und 3/1999a, S. 8-18
- Kessl, F.:** Die Wiederentdeckung der Gemeinschaft? Zur Verschränkung der Diskurse „Aktivierung neuer Gemeinschaftlichkeit“ und „Soziale Arbeit“. In: Widersprüche 76/2000
- Kessl, F.; Otto, H.-U.:** Aktivierende Soziale Arbeit. Anmerkungen zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit. In: Dahme u.a.: a.a.O. 2003, S. 57-73
- Klassen, M.:** Was leisten Systemtheorien in der Sozialen Arbeit? Ein Vergleich der systemischen Ansätze von Niklas Luhmann und Mario Bunge. Bern 2004
- Nightingale, D.; Pindus, N.:** Privatization of Public services. In: www.urban.org/pubman/privitiz.html, Rev. 2003-6-3, 1997
- Mahnkopf, B.:** Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: Prokla 2/2000, S. 489-525
- Obrecht, W.:** Umriss einer biopsychosozialen Theorie menschlicher Bedürfnisse. Arbeitspapier der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich. Zürich 1998
- Obrecht, W.:** Das Systemtheoretische Paradigma der Disziplin und der Profession der Sozialen Arbeit. Eine transdisziplinäre Antwort auf das Problem der Fragmentierung des professionellen Wissens und die unvollständige Professionalisierung der Sozialen Arbeit. Hochschule für Soziale Arbeit Zürich. Zürich 2001
- Plewe, D.; Walpen, B.:** Wissenschafts- und ideologienpolitische Bollwerke – die internationale Mont Pèlerin Society und Think Tank Bewegung für eine neoliberale kapitalistische Globalisierung. In: Buchholz, C. u.a.: Unsere Welt ist keine Ware. Köln 2002, S. 185-196
- Rose, N.:** Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling u.a.: Gouvernamentalität der Gegenwart. Frankfurt am Main 2000, S. 72-109
- Sommerfeld, P.; Haller, D.:** Professionelles Handeln und Management. In: Neue Praxis 1/2003, S. 61-89
- Staub-Bernasconi, S.:** Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit – lokal, national, international. Bern 1995
- Staub-Bernasconi, S.:** Sozialrechte – Restgröße der Menschenrechte? In: Wilken, U.: Soziale Arbeit zwischen Ethik und Ökonomie. Freiburg im Breisgau 2000, S. 151-174
- Staub-Bernasconi, S.:** Machtblindheit und Machtvollkommenheit Luhmannscher Theorie. In: Merten, R.: Systemtheorie Sozialer Arbeit. Opladen 2000a, S. 225-242
- Staub-Bernasconi, S.:** Soziale Arbeit als (eine) „Menschenrechtsprofession“. In: Sorg, R.: Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster 2003, 17-54
- Webb, S.A.:** Local orders and global chaos in social work. In: European Journal of Social Work 2/2003, S. 191-204
- Ziegler, H.:** Prävention – Vom Formen der Guten zum Lenken der Freien. In: Widersprüche 79/2001